

EU-Parlament ignoriert Ukrainische Friedens-Appelle: Was kommt jetzt?

Der Artikel beleuchtet die aktuellen politischen Entwicklungen in der Ukraine und im Nahen Osten, inklusive der Forderung nach Waffenstillständen und Friedensverhandlungen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich -

Die Situation rund um den Ukraine-Konflikt und die Eskalation zwischen Israel und Hamas verlangt dringenden Handlungsbedarf. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat klargestellt, dass die militärische Rückeroberung aller von Russland besetzten Gebiete momentan nicht machbar sei. Dies verstärkt die Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und ernsthaften Friedensverhandlungen. Der Freiheitliche Harald Vilimsky kritisierte, dass das Europäische Parlament gegen Initiativen für diplomatische Bemühungen gestimmt hat, und stellte in Frage, ob die Unterstützung der westlichen Staaten mit den Interessen der Ukraine übereinstimmt. Diese politischen Entscheidungen könnten dazu führen, dass Milliarden in einen Konflikt investiert werden, der nur weiteres Leid und Zerstörung bringt, während die europäische Bevölkerung unter den wirtschaftlichen Konsequenzen leidet, wie Vilimsky festgestellt hat. **OTS** berichtet von Vilimskys dringlichem Aufruf, den Weg zum Frieden zu ebnen.

Im Kontext des Konflikts zwischen Israel und Hamas fordert das Europäische Parlament in einer neu angenommenen EntschlieÙung einen dauerhaften Waffenstillstand. Dies

geschieht unter der Bedingung, dass alle Geiseln unverzüglich freigelassen werden und die Organisation Hamas zerschlagen wird. Die Abgeordneten verurteilen sowohl die terroristischen Angriffe der Hamas als auch die unverhältnismäßigen militärischen Reaktionen Israels, die zu vielen zivilen Opfern führten. Die Abgeordneten betonen, dass der Zugang zur humanitären Hilfe im Gazastreifen uneingeschränkt gewährleistet werden muss, um die sich rapide verschlechternde humanitäre Lage zu verbessern. Außerdem wird eine Wiederbelebung des Friedensprozesses gefordert, um die Zweistaatenlösung voranzubringen. Dies schließt eine vollständige Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten ein, als Gegenleistung für den Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten, wie in dem Bericht von **Europarl** hervorgehoben wird. Diese Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit, das Völkerrecht zu respektieren und alle Parteien zur Verantwortung zu ziehen.

Details	
Vorfall	Terrorismus, Vandalismus
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at